

Nur eine Kurzstrecke?

Die Amtszeit der Minderheitsregierungen in Belgrad und Zagreb könnte begrenzt sein
Dušan Reljić

Kein politischer Beobachter hätte je die Prognose gewagt, daß in Belgrad ein Kabinett der Milošević-Gegner mit Unterstützung der Milošević-Anhänger oder daß in Zagreb die Regierung der Tuđman-Nachfolger mit den Stimmen serbischer Politiker an die Macht gelangen könnte. Aber das politische Schachbrett in den zwei größten Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien wird mittlerweile nur noch von schierem Machtkalkül bestimmt. Die neuen Premiers zahlen für das Zustandekommen heterogener politischer Bündnisse den Preis der Einengung ihres politischen Freiraums. Überraschende Krisen könnten ihren Regierungen ein rasches Ende bereiten, die Zeit für dauerhafte politische Neuorientierungen dürfte kaum reichen. Der Westen sollte die Annäherung Belgrads und Zagrebs an EU und Nato zwar beschleunigen, aber gleichzeitig kritische Distanz zu beiden Regierungen wahren. Vor allem sollten die Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und die Bekämpfung des nationalistischen Populismus in den politischen Kulturen beider Staaten eingefordert werden.

Serbien:

Ein fragwürdiges Zweckbündnis

Das serbische Parlament wählte am 3. März 2004 nach sechswöchigen Koalitionsverhandlungen eine neue Regierung. Vojislav Koštunica, Chef der national-konservativen Demokratischen Partei Serbiens (DSS) und neuer Premier, verdankt seine Mehrheit der Duldung durch die Sozialistische Partei Serbiens (SPS), deren nomineller Chef, der frühere Alleinherrscher Serbiens, Slobodan Milošević, vor dem Haager Kriegsverbrechertribunal steht. Die SPS stellt nur noch 22 der 250 Abgeordneten. Aber dank ihrer neuen Rolle als Mehrheitsbeschaffer für Koštunicas Mitte-Rechts-Regierung ist

diese Gruppe wieder politisch relevant geworden. Koštunicas Koalitionspartner sind die liberale Partei G17 Plus mit dem neuen Vizepremier Miroslav Labus an der Spitze sowie das Gespann Vuk Drašković (Chef der monarchistischen Serbischen Erneuerungsbewegung SPO) und Velimir Ilić (Vorsitzender der Regionalpartei Neues Serbien und bisheriger Bürgermeister der Industriestadt Čačak).

Auf den Oppositionsbänken sitzen die extremistische Serbische Radikale Partei (SRS – mit 82 Abgeordneten die stärkste Fraktion im Parlament), deren Chef Vojislav Šešelj ebenfalls im Haag inhaftiert ist, sowie die zentristische Demokratische Partei

(DS), die bisher die Regierung führte. Eine Beteiligung der DS an der Regierung wurde von Koštunica bisher kategorisch abgelehnt. Er bezeichnet sie als Verursacherin aller Verwerfungen nach dem Sturz Miloševićs – vor allem macht er sie verantwortlich für mangelnde Rechtsstaatlichkeit, Ausbreitung der organisierten Kriminalität, ja sogar für die Ermordung von Premier Zoran Đinđić am 12. März 2003.

Die Bruchstellen

Drei Szenarien für die kurzfristige innenpolitische Entwicklung in Serbien sind denkbar. In allen drei Fällen deutet sich ein lediglich kurzer Verbleib Koštunicas an der Spitze der Regierung an.

Szenario 1: Nachdem das Parlament in neuer Zusammensetzung die Vorschrift abgeschafft hat, daß an der Wahl des Staatschefs mindestens 50% der Stimmberechtigten beteiligt sein müssen, wird die neue Regierung vermutlich noch für Ende April oder Anfang Mai zu den Urnen rufen. Serbien hat seit Dezember 2000 keinen gewählten Präsidenten mehr, da dieses Quorum, vor allem wegen parteipolitischer Ränke, bei den Abstimmungen noch stets verfehlt wurde. Derzeit ist Koštunica der einzige Kandidat, der den Spitzenvertreter der extremistischen SRS, Tomislav Nikolić, schlagen könnte. Nachdem Koštunica die Kür zum Staatschef bisher zwei Mal aufgrund der Intrigen seiner politischen Gegner, obwohl haushoch überlegen bei der Stimmenzählung, durchkreuzt wurde, könnte jetzt seine Stunde gekommen sein: Sogar politische Gegner werden die Bevölkerung wohl dazu aufrufen, für Koštunica zu stimmen, um den Sieg des Chauvinisten Nikolić zu verhindern. Koštunica würde somit sein Gesicht wahren und gleichzeitig seine eigentliche Ambition – Staatspräsident zu werden – verwirklichen.

Szenario 2: Nach einem Sieg könnte Koštunica den Premierposten seinem Stellvertreter Miroslav Labus von der G17 Plus

überlassen. Labus hat zu erkennen gegeben, daß er umgehend den neugewählten Chef der Demokratischen Partei (DS), Bojan Tadić, zum Beitritt in die Koalitionsregierung einladen würde. Tadić ist derzeit Verteidigungsminister von Serbien und Montenegro, gilt als junger Hoffnungsträger, der für einen Neubeginn bei der DS steht, und hat Querelen mit Koštunica vermieden. Diesen Ausweg aus der verstrickten innenpolitischen Lage befürworten auch westliche diplomatische Vertreter in Belgrad. Würde er beschritten, wären die demokratischen politischen Kräfte wieder unter einem Dach, die Gefahr einer weiteren Stärkung der Radikalen Partei bei etwaigen Neuwahlen gebannt und die Sozialistische Partei wieder auf die ihr angemessene Größe zurückgestutzt.

Eine mutmaßliche Bruchstelle in Koštunicas Koalitionskabinett ist der unberechenbare Velimir Ilić, Chef des neugeschaffenen Super-Ministeriums für Kapitalinvestitionen. Er drohte noch vor Amtseinführung ohne stichhaltige Begründung mit der Entlassung der Führung der nationalen Fluggesellschaft und erregte auch mit anderen bizarren Äußerungen Aufsehen. Unvermeidlich werden die Reibungen mit den führenden Wirtschaftsexperten der Regierung zunehmen, also mit Vizepremier Labus und mit dem Finanzminister und früheren Zentralbankpräsidenten Mlađan Dinkić. Ilićs engster Verbündeter und Chef der monarchistischen SPO, Vuk Drašković, ist ebensowenig für politische Vernunft bekannt. Sollte Draškovićs Kalkül, Außenminister von Serbien und Montenegro zu werden, nicht aufgehen, könnte er, wie ein von den Wirtschaftsfachleuten bloßgestellter Ilić, schnell einen Regierungssturz auslösen.

Szenario 3: Für Ungemach könnten auch Miloševićs Sozialisten sorgen, die damit gedroht haben, ihre Unterstützung der Minderheitsregierung »automatisch« einzustellen, sollte die Regierung weitere Verdächtige an das Kriegsverbrechertribunal im Haag ausliefern. Obwohl Koštunica

vor der Amtsübernahme davon gesprochen hatte, daß für ihn die Zusammenarbeit mit dem Tribunal nicht »prioritär« sei, ließ er in seiner Rede am 2. März vor dem Parlament doch erkennen, daß eine Abkehr von der bisherigen Haltung Belgrads nicht wirklich beabsichtigt ist. Allein schon seine Abhängigkeit vom wichtigsten Koalitionspartner, der reformorientierten G17 Plus-Partei des Vizepremiers Labus, setzt dem Regierungschef hier Grenzen: Von der Erfüllung internationaler Pflichten hängt die westliche Wirtschaftshilfe ab.

Die Drohungen der SPS dürften sich allerdings als leer erweisen. Niemand hat von einer erneuten vorgezogenen Wahl mehr zu fürchten als die Sozialisten. Ihnen sind die Wähler in Scharen davongelaufen und zur »wahren« nationalistischen Partei übergewechselt, der SRS von Šešelj. Würde die SPS die Fünfprozenthürde bei einem neuen Wahlgang nehmen? Da dies zweifelhaft ist, wird die SPS versuchen, sich im Windschatten der Regierung als »patriotische« Opposition, als Vertreterin der Interessen der Opfer der wirtschaftlichen Reformen möglichst lange über Wasser zu halten.

Innenpolitische Querelen haben nach der Ermordung Đinđićs am 12. März 2003 den wirtschaftliche Reformprozeß weitgehend zum Stillstand gebracht. Eine brüchige Regierungskoalition in Belgrad wird kaum das Reformtempo erreichen können, das vom internationalen Währungsfonds gefordert wird. Dabei hat das Land im Jahr 2003 nur 42,8% der Industrieproduktion des Jahres 1990 erzielt. Mit einem Wachstum des Bruttosozialprodukts von nur 1,5% (nach 3,3% 2002) können weder die hohe Arbeitslosigkeit von etwa 25% noch die weit verbreitete Armut (etwa 30% der Bevölkerung) in absehbarer Zeit überwunden werden. Ohne stärkeres wirtschaftliches Wachstum werden sich die überaus komplizierten Probleme des Landes kaum bewältigen lassen – der Status der Provinz Kosovo, über den die UN im Jahr 2005 beraten wollen, oder die Zukunft der staatlichen Gemeinschaft mit Monte-

negro, die vereinbarungsgemäß Anfang 2006 überprüft werden soll. Obwohl Premier Koštunica die Mitgliedschaft in der EU als »ohne Alternative« bezeichnet hat, ist seine Regierung in einer Ausgangslage, in der dieses Ziel in sehr weiter Ferne liegt.

Kroatien: Loslösung von der Vergangenheit?

Der neue kroatische Premier Ivo Sanader hingegen hat in den ersten hundert Tagen seit Amtsübernahme den Beitritt seines Landes zur EU mit erheblicher Energie vorangetrieben. Manche seiner Kritiker werfen ihm sogar vor, darüber die Innenpolitik zu vernachlässigen. Sanaders national-konservative Kroatische Demokratische Gemeinschaft (HDZ) hat 66 von 152 Abgeordneten im Parlament. Seine Koalition ist auf die drei Stimmen der Rentnerpartei, weitere drei Stimmen des Demokratischen Zentrums (DC) und der Kroatischen Sozialliberalen Partei (HSLS) und auf die Stimmen der acht Vertreter der Parteien der nationalen Minderheiten angewiesen.

Je mehr Sanader die Forderungen der Mehrheitsbeschaffer berücksichtigt (z.B. Rentenerhöhungen oder den zügigen Wiederaufbau der über 7000 zerstörten serbischen Häuser), desto knapper wird das Geld für die Förderung von Sonderinteressen anderer Gruppen, die unabdingbar für den Machterhalt sind (etwa der Veteranen aus den jugoslawischen Nachfolgekriegen). Politisch wird es bedenklich für die Regierung, wenn zum Beispiel die Veteranenverbände, bisher ein »natürliches« HDZ-Wählerreservoir, abzuspringen drohen wegen einer vermeintlichen Bevorzugung der serbischen und anderer ethnischer Minderheiten. Wagt Sanader einen Bruch mit der Vergangenheit, riskiert er eine rasche Entfremdung der traditionellen Wählergruppierungen seiner Partei.

Die Versöhnung mit der serbischen Minderheit und die weitere Normalisierung der Beziehungen zu Belgrad sind jedoch ebenso Grundvoraussetzungen für die Glaubwürdigkeit der HDZ im Westen wie

die vorbehaltlose Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal. Die Regierung in Zagreb steht jetzt vor dem riskanten Tatbeweis ihrer erklärten Bereitschaft, in diesen zwei zentralen Bereichen ein neues Kapitel aufzuschlagen.

Beenden der Benachteiligung

Sanader hat sich gegenüber Milorad Pupovac, dem Vorsitzenden des Serbischen Nationalrates (SNV), dazu verpflichtet, bis Ende Juni alle Fälle von illegaler Inanspruchnahme des Eigentums zurückgekehrter serbischer Flüchtlinge regeln zu lassen. Darüber hinaus soll der Staat unter anderem für zerstörtes Eigentum Entschädigung zahlen und allen Flüchtlingen die Rückkehr ermöglichen. Pupovac hat zu erkennen gegeben, daß er Druck auf die Regierung ausüben wird – bis hin zum Entzug der Regierungsunterstützung im Parlament.

Die Umsetzung wird schwierig sein, da im Verhältnis zur serbischen Minderheit nach wie vor zahlreiche Probleme offen sind. So geht aus einem neuen Bericht der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hervor, daß Angehörige der serbischen Minderheit, die wegen Kriegsverbrechen in Kroatien vor Gericht stehen, »in allen Abschnitten des Rechtsprozesses benachteiligt werden«. Das US-Außenministerium widmete Ende Februar weite Teile seines Jahresberichtes über die Menschenrechtssituation in Kroatien den schwerwiegenden Problemen dieser Minderheit (Diskriminierung vor Gerichten und im öffentlichen Leben).

Viele HDZ-Anhänger scheinen Sanaders Eingehen auf die westlichen Bedingungen zunächst als nur vorgetäuscht verstanden zu haben. Anfangs war keine große Aufregung in der Partei zu verzeichnen. Je nachdrücklicher die Regierung jedoch tatsächlich Rechtssicherheit für die Minderheiten und insgesamt Achtung der Gesetze im Staat durchsetzt, desto mehr wächst die Gefahr eines Bruchs in der Partei. Nach wie vor besetzen viele frühere Gefolgsleute

Tudmans wichtige Positionen. Aber nur indem sie das national-populistische Erbe glaubhaft abschüttelt, kann es Sanaders Partei und Regierung gelingen, das selbstgesteckte Ziel zu erreichen, noch 2007 der EU beizutreten.

Politischer Gegenwind wird Sanader um so stärker entgegenblasen, je mehr sich die Regierung wirtschaftlichen Problemen stellt. Mit einer rasant gestiegenen Auslandsverschuldung von 23,7 Milliarden US-Dollar Ende 2003 (90% des jährlichen Bruttosozialprodukts) und einem erwarteten Rückgang des Wirtschaftswachstums auf 3,1% 2004 (nach 4,5% 2003) ist der Handlungsspielraum indes überaus eng. Kroatiens Haushalt kann zusätzliche Belastungen kaum verkraften. Ansprüche und Erwartungen der Bürger werden aber nicht geringer. Der wiederholte Verweis auf geerbte Verfehlungen der Vorgängerregierung wird immer weniger Verständnis finden. So schmilzt das fast ungeteilte Wohlwollen der Öffentlichkeit, das die Regierung nach rasantem Start, insbesondere in der Außenpolitik, gewinnen konnte.

Ausblick

Für alle Regierungen im Westbalkan war die Festlegung auf das Bemühen, den Anschluß an EU und Nato nicht zu verpassen, das populärste politische Ziel. Gleichwohl sind weite Teile der politischen Klasse, viele Journalisten und vor allem die »nationale Intelligenz« versucht, mit Hilfe national-populistischer und oft extremistischer Parolen aus der jüngsten Vergangenheit politischen Einfluß zu gewinnen. In Verknüpfung mit Forderungen nach weiteren Wirtschafts-, Justiz- und Verwaltungsreformen sollten die westlichen Partner die Regierenden im Westbalkan eindringlich zur öffentlichen Auseinandersetzung mit virulenten nationalistischen und extremistischen Ideologien in ihren Staaten anhalten.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2004
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364